

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/24

Bonn, den 4. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Entwicklungshilfe - Friedenspolitik ----- Zur Lage im Nahen Osten	40
2	"Lieben Sie Heinrich Heine?" ----- Universität Düsseldorf ohne Namen...	39
3 - 4	Opfer der Novotny-Ära ----- Wurde Lauschmann ermordet?	66

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Eine geteilte Nation im Herzen Europas
Kritik am Bundesvertriebenenminister
Hauptentschädigung für fünf weitere Jahrgänge
Noch kein Schlußpunkt gesetzt
Streit um ein Breslauer Grundstück
Almar Reitzner kandidiert für Bundestagswahl
Sudetendeutsches Treffen in Kanada
Hasenöhrl Bundesvorsitzender der Böhmerwälder
Haus der Donauschwaben in Sindelfingen
Gesamtdeutscher Funk- und Fernsehpreis

Entwicklungshilfe - Friedenspolitik

Zur Lage im Nahen Osten

sp - Der Ernst der Situation im Nahen Osten wird durch die Erklärung des neuen amerikanischen Präsidenten Nixon auf seiner ersten Pressekonferenz gekennzeichnet, in der er sagte, der Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten berge in sich die Gefahr einer Konfrontation der beiden Atomkräfte USA und Sowjetunion. Der einflußreiche demokratische Senator Mansfield und außenpolitische Experte seiner Partei stimmte Nixon in dieser beunruhigenden Einschätzung der Lage zu. Der Nahe Osten entwickelt sich derzeit zum größten Gefahrenherd und bedroht den Weltfrieden. Wird es den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich gelingen, die schwelende Krise zu bändigen? Im Prinzip ist Nixon mit Vierer-Gesprächen einverstanden, allerdings im Rahmen der Vereinten Nationen, um nicht den Anschein zu erwecken, die vier Mächte wollten eine Friedenslösung unter sich aushandeln und den Beteiligten aufzwingen.

Es kann sich hierbei, wie die Dinge nun einmal liegen, heute nur um tagespolitische Lösungen handeln. Die eigentliche Ursache dieses Konfliktes liegt in dem großen Unterschied, der zwischen dem modernen Israel mit seiner blühenden Landwirtschaft und seiner sich rasch entwickelnden Industrie und seinen arabischen Nachbarn im Lebensstandard besteht. Dieser Unterschied kann nicht militärisch beseitigt werden. Zum Abbau des sozialen Gefälles bedarf es einer großangelegten Entwicklungspolitik, die es den arabischen Staaten ermöglicht, auf lange Sicht mit Israel wirtschaftlich und sozial gleichzuziehen. Die Bewässerung der Sinai-Halbinsel würde hunderttausenden von Hunger und Elend gepeinigten arabischen Flüchtlingen die Möglichkeit eines gesicherten Lebensstandards geben; das setzt allerdings den Willen zu einer großräumigen Zusammenarbeit voraus, den es heute noch nicht gibt.

Der frühere Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und derzeitige Bundesgeschäftsführer der SPD, Wischniewski, hat in diesem Zusammenhang auf die besondere Situation hingewiesen, in der sich die Bundesrepublik befindet. Sie steht in freundschaftlichen Beziehungen zu Israel, hat aber keine diplomatischen Kontakte zu einigen arabischen Staaten, die vor Jahren die diplomatischen Beziehungen mit Bonn abbrachen. Bahnt sich nach dem Besuch des Bundesministers Eppler in Jordanien eine Änderung an? Eine bedeutende libanesische Zeitung hat schon die Frage aufgeworfen, ob es für diese arabischen Staaten nicht Zeit wäre, ihren Entschluß zu revidieren. Den Vorteil davon hätten beide Seiten.

Ein Vorschlag Wischniewskis verdient Aufmerksamkeit. Ihm schwebt eine in diesem Teil der Erde von Europa gemeinsam zu verwirklichende Entwicklungspolitik vor, bei der es an deutschen Beiträgen, die heute bilateral geleistet werden, gewiß nicht fehlen wird. Hier könnte Europa durch eine friedliche, den Aufstiegswillen der arabischen Völker fördernde Entwicklungspolitik den Einfluß wieder zurückgewinnen, den es seit dem Zweiten Weltkrieg verloren hat. Einigen arabischen Staaten ist sogar sehr daran gelegen, die atomaren Weltmächte als militärische Faktoren aus dem Nahen Osten fernzuhalten. Entwicklungshilfe als Friedenspolitik - wenn irgendwo in dieser Welt diese Verbindung sich aufgrängt, dann hier im gefahrenengeschwängerten Nahen Osten.

+ + +

G L O S S E

"Lieben Sie Heinrich Heine?"

era. - Heute scheint ihn keiner mehr zu lieben, den großen Sohn Düsseldorfs. Warum eigentlich? Weil er Jude war? Weil er sich selbst als "Sohn der Revolution" betrachtete? Weil er den "rohen Plebs" verachtete, weil er die führenden Männer von 1848 bezichtigte, sie hätten "den großen Akt der Volkssouveränität verzettelt"? Er hat es offenbar mit allen verdorben, dieser letzte Romantiker: mit den damals Herrschenden, mit den heute Studierenden und ihren Professoren jener Stadt, die schon einmal durch ihren lange währenden Streit um die Errichtung eines Heine-Denkmal's von sich reden machte.

Doch es scheint, bei der Ablehnung des Namen Heinrich Heine für die neue Universität seiner Heimatstadt sind völlig voneinander verschiedene Gründe maßgebend gewesen. Bei einem Teil der Professoren sind es offenbar immer noch vorhandene nationale Ressentiments gegen den Verfasser des "Atta Troll", den Dichter der revolutionären Verse "Deutschland, wir weben dein Leichentuch". Sie wollen es nicht wahrhaben, daß der innerlich zerspaltene Mann in Paris in seiner "Matratzengruft" ein Deutscher war, der um Deutschland bangte - und mit Recht bangte! Und doch zieht es die weitaus größere Zahl von sechshundert Professoren vor, die neue Universität namenlos zu lassen.

Und wie mag es bei den Studenten stehen? Ach, die wenigsten von ihnen kennen Heine, der ihnen und ihren Professoren zum Trotz zu den großen Dichtern zählt. Von Romantik wollen sie nichts wissen. Statt des "Buches der Lieder" lesen sie lieber Worte des "großen Mao" oder von Lenin. Wie unrecht doch diese ewigjungen Demonstranten und Rebellierer gegen das "establishment" haben! Es gäbe für sie kein besseres Schlagwort auf ihren Transparenten als Heines Wort: "Marschiere trommelnd immer voran - das ist die ganze Wissenschaft!" Nun, es ist möglich, daß diese ewigen Marschierer von der Wissenschaft ebenso viel halten wie von Heinrich Heine, denn sonst säßen sie ja in den Hörsälen und lernten. Das ist gewiß nicht so leicht wie Steinwürfe auf wehrlose Fensterscheiben von SPD-Gebäuden, Kaufhäusern, Amerika-Instituten und die sinnlose Zerstörung der Einrichtungen, die zu Studienzwecken geschaffen wurden.

Eine Universität ohne Namen ist sicherlich ein Novum. Und dieses Novum scheint für unsere Bundesrepublik symptomatisch zu sein: man wählt das kleinere, wenn möglich, das kleinste Übel, um möglichen Konflikten aus dem Wege zu gehen. Den Mangel an Rückgrat und Männerwürde kann man auf so elegante Weise vor der Öffentlichkeit geziemend verbergen!

+ + +

Opfer der Novotny-Ära

Wurde Lauschmann ermordet?

Wir entnehmen der Sozialistischen Korrespondenz, Wien, nachstehenden Beitrag über das Schicksal eines bis 1947 führenden tschechoslowakischen Sozialdemokraten.

Der führende tschechoslowakische Sozialdemokrat Bohumil Lauschmann, der vom Geheimdienst der damaligen CSR im Jahre 1953 aus Salzburg nach Prag entführt wurde, dürfte 1963 von den kommunistischen Machthabern im Gefängnis ermordet worden sein. Dies geht aus Berichten hervor, die kürzlich in der slowakischen Zeitschrift "Smena" erschienen und in Wien für die Sozialistische Korrespondenz ergänzt worden sind.

Lauschmann war nach 1945 Industrieminister. Als solcher hatte er die Verstaatlichung der Schwerindustrie durchgeführt. Im Herbst 1947 wurde er an Stelle des damaligen Kommunistenfreundes Fierlinger zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei der CSR gewählt. Nach der kommunistischen Machtübernahme trat Lauschmann allerdings als Vizeministerpräsident in die Regierung Gottwald ein, doch tat er dies, wie seine Freunde versichern, nur auf Wunsch des damaligen Staatspräsidenten Benesch. Schon nach wenigen Monaten trat Lauschmann zurück und floh im Dezember 1948, da ihm Verhaftung drohte, nach dem Westen.

Entführt und verurteilt

Im Dezember 1953 verschwand Lauschmann aus Salzburg. Man wußte nur, daß er sich zu einem Rendezvous mit angeblichen Freunden aus der CSR in ein Salzburger Gasthaus begeben hatte. Bald aber wurde es klar, daß er vom tschechoslowakischen Geheimdienst entführt worden war. Im Mai 1954 wurde mit ihm in Prag eine Schwindelkonferenz veranstaltet, bei der er erklärte, er hätte seinen Irrtum erkannt und sei in die CSR zurückgekehrt. Nach der Pressekonferenz wurde er sogleich wieder ins Gefängnis gebracht. Drei Jahre später wurde er wegen angeblichen Hochverrats und Spionage zu 17 Jahren Kerker verurteilt. Erst im letzten Frühjahr erfuhr die Öffentlichkeit, daß Lauschmann im Jahre 1963 in dem unruhlich bekannten Gefängnis Ruzyně gestorben ist.

Nun veröffentlichte die slowakische Zeitschrift "Smena" Berichte eines Mithäftlings von Lauschmann namens St. Pagác. Dieser gibt an, Lauschmann habe ihm erzählt, wie er mit Gewalt aus Österreich in die Tschechoslowakei entführt und nach bekannten Methoden zu den Erklärungen auf der Pressekonferenz gezwungen worden sei. Dann schildert Pagác die Umstände des plötzlichen Todes Lauschmanns: Nachdem dieser Zigaretten geraucht hatte, die ihm gegeben worden waren, erlitt er in der Nacht einen Hustenanfall, spuckte Blut und starb ohne ärztliche Hilfe innerhalb weniger Stunden.

Zu diesem Bericht von Pagác machte der in Wien weilende tschechische Journalist Premysl Janyr, der sich mit dem Fall Lauschmann eingehend beschäftigt und darüber während des "Prager Frühlings" auch publiziert hat, der Sozialistischen Korrespondenz eine Reihe von Mitteilungen, die den Verdacht erhärten, daß Lauschmann im Gefängnis vergiftet wurde.

Eine Woche vorher noch gesund

"Die Tochter Lauschmanns", teilte Janyr mit, "hat mir geschildert, wie seine Familie noch eine Woche vor dem plötzlichen Todesfall mit Lauschmann sprechen konnte. Er sah besser aus als je zuvor während der Haft, fühlte sich wohl und teilte mit, er sei gerade von einem Arzt gründlich untersucht worden. Der Arzt habe ihm gesagt, daß er gesundheitlich in bester Ordnung sei."

Wie der Journalist Janyr weiter mitteilte, hat Pagác die Umstände des Todes Lauschmanns einer Reihe von tschechoslowakischen Behörden schriftlich bekanntgegeben, und er hat darüber auch vor einem Preßburger Gericht ausgesagt. Seit dem Frühjahr vergangenen Jahres wird der Fall Lauschmann von den Behörden der CSSR überprüft.

Es sind auch die Namen von Personen bekannt, die angeblich an der Entführung im Jahre 1953 beteiligt waren. Viele Fäden laufen bei dem ehemaligen Innenminister Barák zusammen, der in den sechziger Jahren selbst verhaftet wurde. Baráks Prozeß wurde 1968 überprüft. Es wurde bald klar, daß er über die Affäre Lauschmann vieles weiß. Janyr erhielt von ihm das Versprechen, daß er seine Informationen über den Tod Lauschmanns ergänzen werde. Wenige Stunden später erfolgte jedoch die russische Invasion der CSSR.